

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Winter 2025

Michael Berlemann | Jörg Hinze



Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI PROGNOSE NR. 4/2025

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | Dezember 2025

2026/2027 Wirtschaftswachstum von jeweils 1 ½ % möglich

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.

Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Die deutsche Wirtschaft wartet auf die Konjunkturwende. Wie schon insgesamt im ersten Halbjahr 2025 stagnierte das reale Bruttoinlandsprodukt auch im 3. Quartal. Ein schwieriges internationales Umfeld und eine bislang nur zaghafte Umsetzung von Reformen durch die neue Regierung – überlagert von immer wieder aufkommenden Störungen innerhalb der Koalition – bremsen weiterhin die Wirtschaftsentwicklung. Nach Regelung der Zollfrage mit den USA und mit der allmählichen Umsetzung der fiskalischen Ausgabenprogramme und Fördermaßnahmen sollte sich das Wirtschaftsklima allerdings bessern. Dies sollte teils schon in den letzten Monaten dieses Jahres, aber vor allem ab kommendem Jahr in den entsprechenden Statistiken sichtbar werden, besonders bei den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Der staatliche und der private Konsum werden zudem weiterhin die Konjunktur stützen. Lediglich der Außenbeitrag wird bei nur schwachen Exporten und stärker zunehmenden Importen negativ wirken. Für 2025 erwartet das HWWI unverändert im Jahresdurchschnitt ein Wirtschaftswachstum von 0,2 %. Bei erhöhter Konjunkturdynamik im Gefolge der Fiskalprogramme und Fördermaßnahmen wird dann für 2026 und für 2027, zumal begünstigt durch mehr Arbeitstage (2026 insgesamt 2 ½ mehr als 2025, 2027 nochmals 1 ¼ mehr), mit einem Wirtschaftswachstum von jeweils 1 ½ % gerechnet. Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise bewegt sich seit einiger Zeit nahe der Stabilitätsmarke von 2 %, ohne diese allerdings nachhaltig zu unterschreiten. Die Kernrate hält sich weiterhin bei rund 2 ¾ %, nicht zuletzt weil die Lohnabschlüsse im Regelfall über der Inflationsrate liegen und damit bei schwacher Produktivitätsentwicklung auch die der Arbeitskosten. Deshalb wird die Inflationsrate wohl auch im Prognosezeitraum, auch wenn sich kein neuer Inflationsdruck abzeichnet, knapp über der 2-Prozent-Marke verharren. Die Risiken für diese Prognose sind vielfältig. Neben geopolitischen Spannungen belasten die Unsicherheiten durch die Zollpolitik der USA sowie die Handelspolitik Chinas die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Binnenwirtschaftlich ist das Reformtempo bislang gering und es mehren sich die Indizien, dass die Sonderverschuldungsmöglichkeiten nicht allein für zusätzliche Investitionen verwendet werden, sondern auch für Ausgaben aus dem eigentlichen Kernhaushalt; das reduziert die möglichen Wachstumsimpulse. Zudem bergen die erforderlichen Reformen in den sozialen Sicherungssystemen, namentlich bei den Renten, einigen Sprengstoff für die Koalition.

HWWI Prognosen

Ansprechpartner
Jörg Hinze

Editiert von
Michael Berlemann

© HWWI

Schwache Exporte und zaghafte Reformen bremsen Konjunkturwende

Die deutsche Wirtschaft tritt bislang weiter auf der Stelle. Wie schon insgesamt im ersten Halbjahr 2025 stagnierte das reale und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt auch im 3. Quartal. Dafür waren nicht nur binnenwirtschaftliche Ursachen – namentlich die zaghafte Umsetzung der angekündigten Wirtschaftsreformen – verantwortlich. Entscheidender noch war das schwierige internationale Umfeld. So zogen sich die Auseinandersetzungen um die US-Zölle bis ins 3. Quartal hinein. Zudem hat sich die Wettbewerbsfähigkeit durch die Euroaufwertung gegenüber dem US-Dollar (seit Beginn des Jahres um rund 10 %) deutlich verschlechtert. Das zusammen dämpfte vor allem die Ausfuhren in die USA, Deutschlands wichtigstem Exportland, aber auch die übrigen in Dollar abgerechneten Ausfuhren. Und die Exporte nach China stehen dort unter verschärftem Konkurrenzdruck. Insgesamt gingen die realen deutschen Warenexporte im dritten Quartal weiter zurück. Gleichzeitig sind die Importe merklich gestiegen, sodass der Wachstumsbeitrag von außen wiederum negativ war.

Überdies gelang es der Regierung bislang nicht, eine neue Aufbruchsstimmung zu erzeugen. Die Umsetzung der angekündigten Reformen kam eher langsam voran und wurde immer wieder – nicht nur bei wirtschaftlichen Themen – durch öffentlich ausgetragene Meinungs- bzw. Interessensunterschiede innerhalb der Koalition überlagert. Und ein aktuell zentrales Problem, nämlich eine Rentenreform, birgt noch einigen Koalitionssprengstoff. Eine Stimmungsverbesserung, sowohl bei Verbrauchern wie auch Unternehmen, blieb so zunächst weitgehend aus, was die Wirtschaftsentwicklung ebenfalls bremste. So ist die Binnennachfrage zwar gestiegen, aber weniger als bei zügiger Umsetzung der angekündigten Wirtschaftsreformen vorstellbar war. Die leichte Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal war mehr auf die seit Juli geltenden Sonderabschreibungen für gewerbliche E-Fahrzeuge zurückzuführen als auf den Kapitalstock erhöhende Produktionsanlagen, auf die es für das Potenzialwachstum eigentlich ankommt.

Industrie und Bau stecken nach wie vor tief in der Krise; beide Wirtschaftsbereiche verzeichnen nun bereits im vierten Jahr Produktions- und Beschäftigungsrückgänge. Im Bau zeichnet sich zumindest eine Wende ab – von allerdings sehr niedrigem Niveau. So ist die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsneubau in den ersten neun Monaten dieses Jahres um fast 15 % gestiegen, die absoluten Zahlen (Januar bis September 2025 insgesamt 175600 neue Wohnungen) liegen aber weit unter dem Erforderlichen. Im Tiefbau scheinen sich die Infrastrukturmaßnahmen bereits auszuwirken. Konjunkturstützend wirkte wiederum der staatliche Konsum; hier wurden allerdings vor allem die Sozialausgaben weiter merklich ausgeweitet. Die private Konsumnachfrage schwächelte zwar im 3. Quartal etwas, war aber noch merklich höher als vor einem Jahr.

In den letzten Monaten dieses Jahres ist noch nicht mit einer großen Wende zu rechnen, aber die bislang beschlossenen Fiskalmaßnahmen beginnen allmählich ausgabewirksam zu werden (sowohl bei Bau- wie auch bei Ausrüstungsinvestitionen) und der Export dürfte nach den Zolleinigungen mit den USA im August zumindest nicht weiter sinken, sondern als Reaktion auf die zeitweilige Zurückhaltung zunächst eher steigen. Das bedeutet: Die bislang dämpfenden Faktoren beginnen umzuschlagen; das ist das, was Konjunkturumschwünge bedingt. Das reale und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt sollte deshalb im vierten Quartal zumindest leicht zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2025 wird das Wirtschaftswachstum dann 0,2 % betragen.

Industriebeschäftigung sinkt deutlich – Kerninflation weiter zu hoch

Die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland scheint auf den ersten Blick recht stabil. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich im Laufe dieses Jahres tendenziell nicht verändert. Rückläufig ist hingegen die Zahl der geringfügig Beschäftigten und die der Selbständigen; dabei ist allerdings die Zahl der geringfügig entlohnt Beschäftigten im Nebenjob weiter gestiegen. Überdies ist die Entwicklung im Einzelnen sehr unterschiedlich. In der kriselnden Industrie sowie im Baubereich war die Beschäftigung bis zuletzt rückläufig. Besonders

stark war der Stellenabbau in der Automobilindustrie (zuletzt -6,3 % gegenüber Vorjahr), der zweitgrößten Industriebranche nach dem Maschinenbau (zuletzt -2,2 %). Auf der anderen Seite steigt die Beschäftigung im Dienstleistungssektor, und hier besonders in den öffentlichen Bereichen seit geraumer Zeit. In Zeiten konjunktureller Schwäche wirken derartig gegenläufige Entwicklungen zwar stabilisierend. Bei wieder anziehender Konjunktur könnte dies aber zum Nachteil werden, da sich dann der beklagte Fachkräftemangel vergrößern könnte. Da wohl wenige, die in Krisenzeiten aus dem Privatsektor in den öffentlichen Bereich gewechselt sind, zurückwechseln werden, wird es dann auch aus diesem Grund zunehmend wichtiger werden, erwerbsfähige Nicht-Erwerbstätige zu aktivieren. Die Zahl der Arbeitslosen und damit auch die Arbeitslosenquote (im Oktober: 6,3 %) haben sich saisonbereinigt bis zuletzt nicht weiter erhöht.

Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise lag in den letzten Monaten wieder knapp über der Stabilitätsmarke von 2 % (im November 2,3 %). Trotz günstiger Energie- und Einfuhrpreise waren weitere Stabilitätserfolge nicht möglich. Vielmehr sind die Dienstleistungspreise wieder merklich, auf 3 ½ %, angestiegen. Die sogenannte Kernrate – Verbraucherpreise ohne Nahrungsmittel und Energie – hält sich insofern hartnäckig bei 2 ¾ %. Dahinter stehen offenbar die wenn auch wieder moderateren, aber doch oberhalb der Inflationsrate liegenden Lohnabschlüsse, die sich bei unzureichender Produktivitätsentwicklung entsprechend in der Kostenentwicklung niederschlagen. Die Erzeugerpreise sind insgesamt in diesem Jahr zwar merklich gesunken, aber auch diese vor allem wegen niedrigerer Preise für Energie; die Herstellerpreise für Verbrauchsgüter stiegen ähnlich wie die Verbraucherpreise, zuletzt um 2,3 %. Abgesehen von einzelnen Monaten mit sogenannten Basis-effekten, wie voraussichtlich in diesem Dezember, scheint die untere Schwelle für die Inflationsrate der Verbraucherpreise momentan bei knapp über 2 % zu liegen.

Erheblich erschwerte Handelsbeziehungen mit USA und China

China und die USA sind gemessen am Handelsvolumen die zwei wichtigsten Handelspartner Deutschlands. In beide Länder sind die Exporte in diesem Jahr deutlich gesunken (im Zeitraum Januar bis September um 12,3 bzw. um 7,8 %), die Importe von dort merklich gestiegen (um 8,5 bzw. um 2,8 %). Das hat teils unterschiedliche Gründe, für die deutsche Konjunktur aber den gleichen Effekt – nämlich eine spürbar kontraktive Wirkung. Im Handel mit den USA spielte neben der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar der Zollkonflikt eine entscheidende Rolle. Aber auch nach den mittlerweile – im August – abgeschlossenen Zollvereinbarungen bleiben die US-Zölle deutlich höher als vor den Zollerhebungen im April. Im Handel mit China wirkt sich in beiden Richtungen – sowohl bei Exporten wie auch bei Importen – mehr und mehr der gestiegene Konkurrenzdruck durch chinesische Unternehmen aus. Generell hat sich aber die Wettbewerbsfähigkeit europäischer, und damit auch deutscher Unternehmen infolge der Euro-Aufwertung weiter verschlechtert.

Die geschilderten Handelsprobleme – im Besonderen die US-Zollpolitik und Chinas zunehmende Konkurrenz – mit den beiden Haupthandelspartnern betreffen in mehr oder weniger ähnlicher Form die meisten Länder. Der Welthandel wird dadurch spürbar beeinträchtigt und er wächst nur noch relativ langsam. Auch davon, nicht nur durch die unmittelbaren Effekte im bilateralen Handel, ist die deutsche Wirtschaft mit einer Exportquote von über 40 % (Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt) betroffen. Einst Konjunkturmotor sind die deutschen Exporte zur Wachstumsbremse geworden – und das in einer Phase der Strukturschwäche, in der auch die Binnenwirtschaft aufgrund stark gestiegener Lohnstückkosten, im internationalen Vergleich hoher Energiekosten, hoher Abgabenbelastung sowie einer hohen Regulierungsdichte schwächelt.

Spürbare Wachstumsimpulse durch Fiskalpolitik oder nur Strohfeuer?

Bei Amtsantritt hatte die neue Koalitionsregierung umfassende Strukturreformen und Ausgabenprogramme erwarten lassen, zumal sie die Verschuldungsmöglichkeiten großzügig ausgeweitet

hatte. Das 500-Milliarden-Sondervermögen für die Infrastruktur (verteilt über 12 Jahre) und die Aussetzung der Schuldenbremse für (über 1 % des BIP) erhöhte Verteidigungsausgaben ließen für sich für die nächsten Jahre erhebliche zusätzliche Fiskalimpulse erwarten. Die dadurch generierten zusätzlichen Ausgaben werden zumindest in den kommenden zwei Jahren für deutliche Konjunkturimpulse sorgen. Anschließend werden hiervon – wenn man in der Folgezeit von konstanten Ausgaben im Rahmen der Verschuldungsprogramme für Infrastruktur und Verteidigung ausgeht – keine weiteren zusätzlichen Wachstumsimpulse mehr kommen.

Für eine dauerhafte Stärkung der deutschen Wirtschaft sind umfassendere Reformen erforderlich, die die Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft verbessern und wieder mehr Investitionen und nachhaltiges Wachstum bewirken. Ohnedem würde sich das Wachstum nach den Fiskalanstößen in nächster Zeit wieder merklich abflachen, die staatlichen Ausgabenprogramme sich insofern als ein Strohfeuer erweisen. Die für die Jahre 2025-2027 erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten sollten für vermehrte private Investitionen sorgen. Das gilt auch für die Energiekostenentlastungen ab 2026 zumindest für Unternehmen. Verschiedene andere Reformversprechen – wie Energiekostenentlastungen auch für private Verbraucher oder eine Senkung der Unternehmenssteuern – wurden angesichts der sich abzeichnenden Finanzierungsprobleme erst einmal aufgeschoben. Der angestrebte Abbau der Bürokratie hierzulande wird angesichts der vielfachen EU-Zuständigkeiten ebenfalls nicht einfach sein.

Unklarheiten und Widersprüche gibt es auch in der Frage, wie der Reformbedarf im Sozialbereich angegangen werden soll. Es geht nicht um Sozialabbau, aber um mehr Effizienz in bestimmten Bereichen. Es gilt den Sozialstaat so zu gestalten, dass den wirklich Bedürftigen geholfen wird, aber Missbrauch bzw. ungerechtfertigte Ansprüche eingeschränkt bzw. sanktioniert werden. Zwei Schwerpunkte in der aktuellen Diskussion sind eine Rentenreform und ein effizienteres Anreizsystem beim Bürgergeld, um erwerbsfähige Leistungsbezieher wieder in Arbeit zu bringen. Deutschland hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Anteile von Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt; gleichzeitig fehlt Geld bei Bildungsausgaben, öffentlichen Investitionen oder Verteidigungsausgaben. Die Rentendiskussion bietet dafür Anschauungsunterricht: Ein Rentenniveau bei stärker steigender Zahl an Rentnern als Beitragszahlern und zugleich steigender Lebenserwartung und unverändertem Renteneintrittsalter und gleichzeitiger Ausweitung der Rentenansprüche (Stichwort: Mütterrente) ohne Erhöhung der Beitragssätze für die einzahlenden Arbeitnehmer längerfristig festzuschreiben, kann rein mathematisch nicht ohne weitere, drastische Erhöhung der Zuschüsse aus der Staatskasse funktionieren; diese Mittel fehlen dann aber in anderen Bereichen, was ebenfalls vielfach beklagt wird. Und warum eine längerfristige Festschreibung des Rentenniveaus durchgesetzt werden soll, wenn eine Rentenkommission bereits Mitte nächsten Jahres Reformvorschläge vorlegen soll, lässt sich schwerlich nachvollziehen.

2026: Konjunkturwende zu erwarten

Die Erwartungen, dass sich der Regierungswechsel schnell in einem Stimmungswechsel und einer deutlichen wirtschaftlichen Besserung niederschlagen würden, haben sich zunächst nicht erfüllt. Inzwischen sind allerdings eine Reihe der Reformvorhaben in Gang gesetzt und die ersten zusätzlichen Fiskalmaßnahmen für mehr Infrastrukturinvestitionen und für mehr Verteidigungsausgaben sind inzwischen in Auftrag gegeben und werden 2026 zunehmend produktionswirksam werden. Deren Wachstumsimpuls wird – je nachdem, was an wirklich zusätzlichen Investitionen unterstellt wird – auf 0,6 bis 1 % BIP-Wachstum veranschlagt.

Die bereits beschlossenen Reformmaßnahmen – wie die bis 2027 erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten und reduzierte Industriestrompreise – sollten 2026 auch der Privatwirtschaft spürbare Impulse geben. Die privaten Ausrüstungs- und Bauinvestitionen dürften im nächsten Jahr ebenfalls merklich steigen. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen dürften über die verbesserten Abschreibungsbedingungen hinaus von der erhöhten staatlichen Nachfrage in bestimmten Berei-

chen profitieren. Bei den Bauinvestitionen zeichnet sich das bereits aufgrund der verbesserten Auftragslage, sowohl im Wohnungsbau wie auch bei Infrastrukturinvestitionen sowie günstiger Finanzierungsbedingungen ab. Der private Konsum wird bei Ausweitung der Beschäftigung und leicht zunehmenden Realeinkommen zumindest moderat steigen. Und auch der staatliche Konsum wird wohl weiter expandieren. Gedämpft bleiben aufgrund der höheren US-Zölle und der Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar die Aussichten für die deutschen Exporteure. Bei eher stärker zunehmenden Importen wird der Außenbeitrag wohl negativ bleiben. Die Überschüsse in der Handels- und in der Leistungsbilanz dürften sich verringern.

Unter den vorgenannten Bedingungen dürfte das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr kalenderbereinigt um etwa $1\frac{1}{4}\%$ zunehmen. Bei $2\frac{1}{2}$ mehr Arbeitstagen gegenüber 2025 – was einem Wachstumseffekt von $\frac{1}{4}\%$ entspricht – wird das Wirtschaftswachstum dann im Jahresdurchschnitt 2026 rund $1\frac{1}{2}\%$ betragen.

2027 nochmals Wirtschaftswachstum von etwa $1\frac{1}{2}\%$

Die fiskalischen Ausgabenprogramme dürften aufgrund der Auftragsvergabe-, Genehmigungs- und Produktionszeiten, insbesondere bei größeren Investitionsvorhaben, im übernächsten Jahr, also 2027, eine noch etwas stärkere Wirkung – und damit Konjunkturimpuls – erzielen als im nächsten Jahr. Überdies werden die Fiskalmaßnahmen auch ergänzende private Investitionen auslösen, um die zusätzliche staatliche Nachfrage zu bedienen. 2027 ist zudem das letzte Jahr, in dem die erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen gelten; Unternehmen dürften deshalb teilweise für die Folgezeit geplante Investitionen vorziehen. Die Bauinvestitionen werden schon aufgrund der zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen merklich zunehmen. Die Investitionstätigkeit sowohl der Unternehmen wie auch des Staates dürfte folglich relativ lebhaft bleiben; das mittlerweile schwache Potenzialwachstum würde sich damit wieder etwas verstärken. Die zu erwartende Wirtschaftsbelebung und damit auch zunehmende Beschäftigung werden selbst bei nur noch moderat steigenden Realeinkommen auch den privaten Konsum stützen.

Ausgehend davon, dass sich die Rahmenbedingungen mit den wichtigsten Handelspartnern nicht weiter verschlechtern – konstante US-Zölle, keine Einschränkungen der Lieferketten, wie bei seltenen Erden, im Handel mit China – und der Euro relativ konstant bleibt, sollten sich die Ausfuhren wieder stabilisieren und etwa wie der Welthandel zunehmen. Bei ähnlich stark wachsenden Importen wären dann keine großen Veränderungen bei Außenbeitrag, Handels- und Leistungsbilanz zu erwarten.

Unter vorgenannten Bedingungen dürfte sich die Konjunkturdynamik im Laufe von 2027 gegenüber 2026 nur wenig verringern. Bei einem jedoch höheren statischen Überhang zu Beginn von 2007 und einem nochmaligen positiven Kalendereffekt könnte das reale Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt 2027 nochmals wie schon 2026 um $1\frac{1}{2}\%$ zunehmen.

2026/27 wieder Besserung am Arbeitsmarkt und moderate Inflation

Mit der sich in den Jahren 2026 und 2027 abzeichnenden wirtschaftlichen Wiederbelebung werden auch die Unternehmen ihre Beschäftigung wieder ausweiten. Die Zahl der Angestellten wird wieder steigen, die der Arbeitslosen sinken. Die Arbeitslosenquote könnte dann 2026 wieder unter 6 % fallen und sich zum Jahresende 2027 hin der 5-Prozent-Marke nähern.

Für die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe wird das stabilitätspolitische Umfeld eher etwas schwieriger. Dass sich die in letzter Zeit inflationsdämpfenden Entwicklungen bei Energie- und Importpreisen weiter fortsetzen, kann nicht vorausgesetzt werden. Auch wenn das weltweit umfangreiche Energieangebot nicht unbedingt steigende Preise im Prognosezeitraum erwarten lässt, so würde der Wegfall dieser Faktoren den Preisdruck eher in Richtung der aktuellen Kernrate von $2\frac{3}{4}\%$ erhöhen. Auch die stärkere staatliche Nachfrage könnte in einzelnen Bereichen für

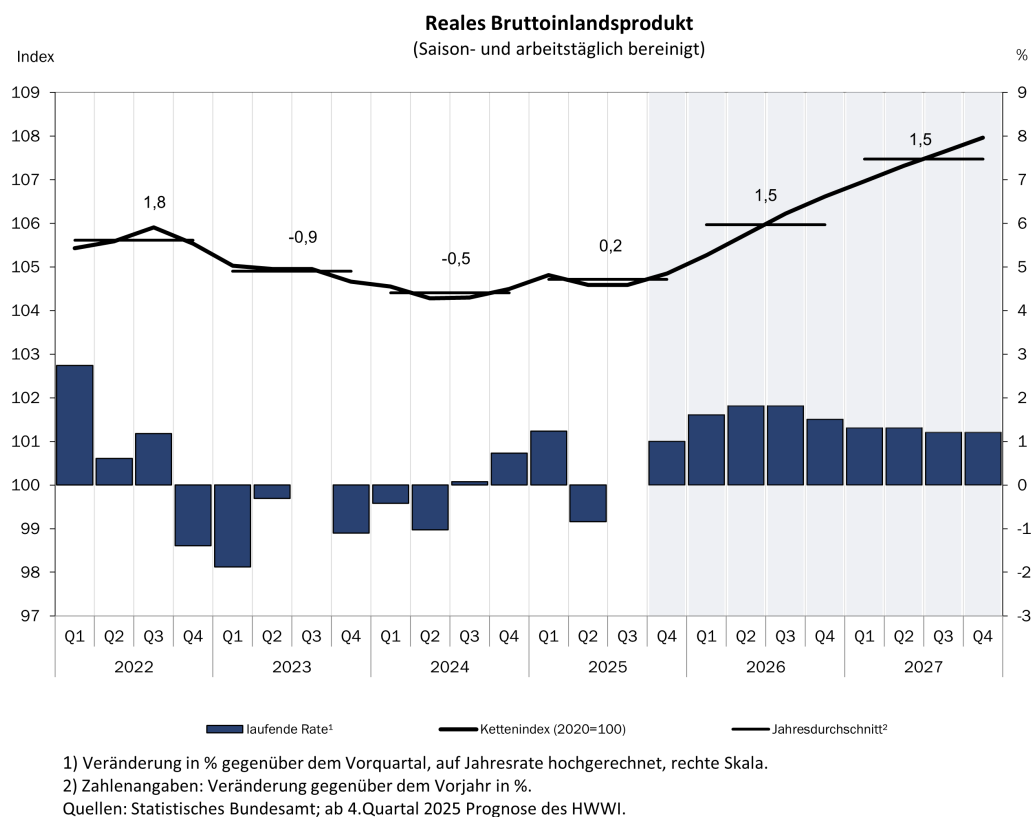


Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstächlich bereinigt)

steigende Preise sorgen. Auf der anderen Seite dürfte bei wieder expandierender Produktion sich auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität verbessern und angesichts der mittlerweile wieder moderaten Lohnentwicklung den Anstieg der Arbeitskosten dämpfen. Letzteres lässt zwar eine niedrigere Kernrate erwarten, ein nachhaltiges Sinken der Preisanstiegsrate auf der Verbraucherstufe unter die Stabilitätsmarke von 2 % ist jedoch fraglich. Hier wird für den Prognosezeitraum 2026/27 mit einer Inflationsrate von knapp über 2 % gerechnet.

Internationales Umfeld und Reformpolitik bergen Prognoserisiken

Sowohl im internationalen Umfeld wie auch auf nationaler Ebene gibt es zahlreiche Problemfelder und insofern auch Risiken für diese Prognose. Die geopolitischen Krisen und damit einhergehenden Unsicherheiten bestehen fort. In der Handelspolitik zwischen den USA und Europa ist zwar durch den Zoll-Deal im August zunächst Ruhe eingetreten, doch die Verlässlichkeit seitens der USA ist keinesfalls sicher. Zudem belastet die Volatilität der amerikanischen Handelspolitik generell die internationalen Handelsbeziehungen. Auch im Handel mit China - nicht nur im bilateralen - spielen mehr und mehr strategische Überlegungen eine Rolle. Die Liefersicherheit bei sensiblen Gütern – seien es besondere Rohstoffe, wie seltene Erden, oder auch andere Produkte, wie Computerchips oder Autobatterien – ist nicht unbedingt gewährleistet, aber für abhängige Länder, wie Deutschland, wichtig.

Innenpolitisch gibt es Unsicherheit durch oftmalige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern. Dies ist insofern problematisch, als momentan keine Alternative zu dieser Regierung gesehen wird und mit einem Scheitern dieser Koalition auch ein Scheitern der angekündigten Reformpolitik verbunden wäre. Die durch die verbesserten Verschuldungsmöglichkeiten durch Sondervermögen und Lockerung der Schuldenbremse erwartete Ankurbelung der deut-

schen Wirtschaft wäre in Gefahr. Die erforderlichen Sozialstaatsreformen (Stichworte: Bürgergeld, Rentensicherung) bergen einigen politischen Sprengstoff. Es zeichnet sich aber auch ab, dass die Probleme teils durch Finanzierung mithilfe der Zweckentfremdung des Sondervermögens zu lösen versucht wird. Diese Mittel stehen dann aber nicht mehr für echte zusätzliche Investitionen zur Verfügung und dämpfen insoweit die wirtschaftliche Erneuerung.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2023 und 2024 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Werte für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten der Prognose

	2023	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	-0,9	-0,5	0,2	1,5	1,5
Private Konsumausgaben	-0,7	0,5	0,9	1,0	1,1
Konsumausgaben des Staates	-0,2	2,6	2,1	1,5	1,4
Anlageinvestitionen	-2,0	-3,3	-0,4	4,0	4,2
Ausrüstungen	-0,5	-5,4	-2,1	5,5	5,3
Bauten	-5,9	-3,4	-1,0	2,6	3,1
Sonstige Anlagen	6,6	0,2	3,8	4,7	4,7
Inlandsnachfrage	-0,9	0,2	1,7	1,9	1,5
Ausfuhr	-1,4	-2,1	-0,2	1,4	2,4
Einfuhr	-1,4	-0,6	3,6	2,6	2,4
Erwerbstätige	0,7	0,1	0,0	0,1	0,3
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,61	2,79	2,93	2,85	2,65
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,4	5,7	6,0	5,9	5,4
Verbraucherpreise	5,9	2,3	2,2	2,1	2,1
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,7	-2,5	-3,5	-3,5
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	5,5	5,8	4,8	4,5	4,5

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2023	2024	2025	2026	2027
Erwerbstätige (Inland)	0,7	0,1	0,0	0,1	0,3
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	0,5	-0,1	0,1	-0,6	-0,5
Arbeitstage	-0,8	-0,3	-0,3	1,0	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,3	-0,2	-0,2	0,4	0,3
Produktivität	-1,2	-0,3	0,4	1,0	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,9	-0,5	0,2	1,5	1,5

Tabelle 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	3123,7	3234,7	3364,4	3479,8	3602,1
Private Haushalte einschl. OoE	2218,5	2283,0	2360,6	2438,0	2522,0
Staat	905,2	951,8	1003,8	1041,8	1080,2
Anlageinvestitionen	894,1	885,7	905,1	961,4	1023,8
Ausrüstungen	277,4	267,1	266,7	286,9	309,4
Bauten	453,0	450,7	459,6	483,4	510,3
Sonstige Anlagen	163,7	168,0	178,9	191,2	204,2
Vorratsveränderungen	33,9	45,0	68,8	74,9	63,5
Inlandsnachfrage	4051,7	4165,4	4338,3	4516,1	4689,5
Außenbeitrag	167,6	163,5	113,2	104,0	108,6
Ausfuhr	1812,9	1793,7	1811,6	1861,3	1944,9
Einfuhr	1645,3	1630,1	1698,4	1757,3	1836,3
Bruttoinlandsprodukt	4219,3	4329,0	4451,5	4620,2	4798,1
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	5,5	3,6	4,0	3,4	3,5
Private Haushalte einschl. OoE	5,9	2,9	3,4	3,3	3,4
Staat	4,3	5,1	5,5	3,8	3,7
Anlageinvestitionen	3,8	-0,9	2,2	6,2	6,5
Ausrüstungen	5,1	-3,7	-0,2	7,6	7,8
Bauten	1,4	-0,5	2,0	5,2	5,6
Sonstige Anlagen	8,3	2,6	6,5	6,9	6,8
Inlandsnachfrage	4,1	2,8	4,1	4,1	3,8
Ausfuhr	-0,4	-1,1	1,0	2,7	4,5
Einfuhr	-4,4	-0,9	4,2	3,5	4,5
Bruttoinlandsprodukt	5,8	2,6	2,8	3,8	3,9

Tabelle 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2683,5	2713,4	2747,8	2779,2	2813,2
Private Haushalte einschl. OoE	1887,3	1897,2	1914,3	1933,3	1955,4
Staat	796,3	816,7	834,1	846,6	858,4
Anlageinvestitionen	726,2	702,0	699,1	727,2	757,6
Ausrüstungen	241,4	228,5	223,7	236,0	248,5
Bauten	336,1	324,7	321,3	329,8	340,1
Sonstige Anlagen	152,1	152,4	158,2	165,7	173,4
Inlandsnachfrage	3450,3	3456,5	3513,9	3581,9	3635,8
Ausfuhr	1523,4	1491,9	1489,4	1510,3	1546,9
Einfuhr	1352,9	1345,3	1393,5	1430,2	1464,3
Bruttoinlandsprodukt	3618,8	3600,8	3607,1	3659,6	3716,0
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	-0,5	1,1	1,3	1,1	1,2
Private Haushalte einschl. OoE	-0,7	0,5	0,9	1,0	1,1
Staat	-0,2	2,6	2,1	1,5	1,4
Anlageinvestitionen	-2,0	-3,3	-0,4	4,0	4,2
Ausrüstungen	-0,5	-5,4	-2,1	5,5	5,3
Bauten	-5,9	-3,4	-1,0	2,6	3,1
Sonstige Anlagen	6,6	0,2	3,8	4,7	4,7
Inlandsnachfrage	-0,9	0,2	1,7	1,9	1,5
Ausfuhr	-1,4	-2,1	-0,2	1,4	2,4
Einfuhr	-1,4	-0,6	3,6	2,6	2,4
Bruttoinlandsprodukt	-0,9	-0,5	0,2	1,5	1,5

Tabelle 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2023	2024	2025	2026	2027
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	6,6	2,4	2,5	2,3	2,3
Konsumausgaben Staat	4,5	2,5	3,3	2,2	2,3
Anlageinvestitionen	5,9	2,5	2,6	2,1	2,2
Ausrüstungen	5,6	1,7	2,0	2,0	2,4
Bauten	7,8	3,0	3,1	2,5	2,4
Sonstige Anlagen	1,6	2,4	2,6	2,1	2,0
Ausfuhr	1,0	1,0	1,2	1,3	2,0
Einfuhr	-3,1	-0,4	0,6	0,8	2,1
Bruttoinlandsprodukt	6,7	3,1	2,6	2,3	2,3

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2908,9	3023,0	3139,6	3243,3	3356,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	389,9	410,6	437,0	451,5	464,6
Bruttolöhne und -gehälter	1845,7	1947,2	2037,0	2101,8	2163,8
Übrige Primäreinkommen	673,3	665,1	665,6	690,2	728,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	589,2	566,8	551,6	575,8	598,3
Nettonationaleinkommen	3498,1	3589,7	3691,3	3819,1	3954,8
Abschreibungen	857,9	888,4	918,0	954,5	998,9
Bruttonationaleinkommen	4356,0	4478,1	4609,3	4773,6	4953,7
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	3152,3	3200,2	3280,2	3404,0	3530,7
Arbeitnehmerentgelt	2235,6	2357,8	2474,0	2553,0	2628,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	916,7	842,3	806,2	851,0	902,4
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	5,8	3,9	3,9	3,3	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,9	5,3	6,4	3,3	2,9
Bruttolöhne und -gehälter	7,4	5,5	4,6	3,2	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitn. (Inl.)	6,5	5,2	4,6	3,3	2,8
Übrige Primäreinkommen	1,4	-1,2	0,1	3,7	5,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	5,1	-3,8	-2,7	4,4	3,9
Nettonationaleinkommen	5,7	2,6	2,8	3,5	3,6
Abschreibungen	7,5	3,6	3,3	4,0	4,7
Bruttonationaleinkommen	6,0	2,8	2,9	3,6	3,8
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	7,3	1,5	2,5	3,8	3,7
Arbeitnehmerentgelt	7,1	5,5	4,9	3,2	2,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,8	-8,1	-4,3	5,6	6,0

Tabelle 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1864,9	1976,9	2058,5	2118,9	2174,3
Nettolöhne und -gehälter	1284,7	1355,5	1410,8	1452,5	1492,0
Monetäre Sozialleistungen ¹	740,6	792,3	833,1	860,8	882,2
verbrauchsnahe Steuern	160,4	170,9	185,4	194,4	199,9
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	673,3	665,1	665,6	690,2	728,2
Sonstige Transfers (Saldo)	-122,9	-130,8	-140,1	-145,6	-149,6
Verfügbares Einkommen	2415,3	2511,2	2584,0	2663,5	2752,9
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	60,6	61,1	61,7	63,6	65,5
Konsumausgaben	2218,5	2283,0	2360,6	2438,0	2522,0
Sparen	257,4	289,4	285,2	289,1	296,4
Sparquote	10,4	11,2	10,8	10,6	10,5
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	8,6	6,0	4,1	2,9	2,6
Nettolöhne und -gehälter	9,4	5,5	4,1	3,0	2,7
Monetäre Sozialleistungen ¹	6,9	7,0	5,1	3,3	2,5
verbrauchsnahe Steuern	6,5	6,6	8,5	4,9	2,8
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	1,4	-1,2	0,1	3,7	5,5
Verfügbares Einkommen	6,2	4,0	2,9	3,1	3,4
Konsumausgaben	5,9	2,9	3,4	3,3	3,4
Sparen	7,5	12,4	-1,5	1,4	2,5

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Tabelle 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	962,0	996,6	1034,7	1081,4	1130,4
Sozialbeiträge	710,8	756,6	811,4	837,6	862,2
Vermögenseinkommen	31,8	34,1	33,7	35,2	35,9
Sonst. lfd. Übertragungen	32,4	31,4	32,5	33,2	33,5
Vermögenstransfers	21,9	20,3	23,7	24,7	25,7
Verkäufe	167,0	185,2	195,7	202,7	208,8
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Einnahmen insgesamt	1926,2	2024,4	2131,9	2215,1	2296,9
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	265,8	280,4	291,0	302,2	314,3
Arbeitnehmerentgelt	340,5	357,3	378,9	392,1	404,9
Sonst. Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,8	45,8	51,2	59,7	66,2
Subventionen	82,8	54,2	52,4	63,4	64,7
Monetäre Sozialleistungen	660,7	709,5	747,0	771,8	790,9
Soziale Sachleistungen	358,0	386,6	410,1	424,4	435,0
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	92,3	90,2	91,2	93,2	94,8
Vermögenstransfers	74,5	84,0	77,4	87,3	89,2
Bruttoinvestitionen	120,1	131,3	144,3	184,6	205,7
Nettozugang nichtprod. Vermögensgüter	-0,5	0,1	-0,3	-0,1	-0,2
Ausgaben insgesamt	2031,4	2139,7	2243,5	2379,1	2465,8
Finanzierungssaldo	-105,2	-115,3	-111,5	-163,9	-168,9
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	-0,3	3,6	3,8	4,5	4,5
Sozialbeiträge	6,5	6,4	7,3	3,2	2,9
Vermögenseinkommen	60,0	7,2	-1,2	4,6	2,0
Sonst. lfd. Übertragungen	12,9	-3,1	3,6	2,1	1,0
Vermögenstransfers	7,5	-7,3	16,8	4,2	4,1
Verkäufe	3,5	10,9	5,6	3,6	3,0
Einnahmen insgesamt	3,4	5,1	5,3	3,9	3,7
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	3,4	5,5	3,8	3,9	4,0
Arbeitnehmerentgelt	6,0	4,9	6,0	3,5	3,3
Sonst. Produktionsabgaben	4,3	-6,0	18,4	12,3	0,0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,5	24,4	11,6	16,6	10,9
Subventionen	37,8	-34,6	-3,4	21,1	2,0
Monetäre Sozialleistungen	6,9	7,4	5,3	3,3	2,5
Soziale Sachleistungen	2,2	8,0	6,1	3,5	2,5
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	-17,8	-2,3	1,1	2,2	1,7
Vermögenstransfers	-4,1	12,8	-7,9	12,8	2,1
Bruttoinvestitionen	4,2	9,3	9,9	27,9	11,4
Ausgaben insgesamt	4,8	5,3	4,8	6,0	3,6
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-2,5	-2,7	-2,5	-3,5	-3,5